



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 30.6.2022
C(2022) 4324 final/2 -

ANNEX

ANHANG

der

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Genehmigung des Inhalts des Entwurfs einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor

ANHANG
VERORDNUNG DER KOMMISSION (EU) .../... vom ~~XXX~~ zur Änderung der
Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung
von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im
Kraftfahrzeugsektor

(Text von Bedeutung für den EWR)

ENTWURF

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung Nr. 19/65/EWG des Rates vom 2. März 1965 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrags auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen¹, insbesondere auf Artikel 1,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission² werden Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor unter bestimmten Voraussetzungen von dem Verbot des Artikels 101 Absatz 1 AEUV freigestellt. Die genannte Verordnung gilt bis zum 31. Mai 2023.
- (2) Auf der Grundlage der Evaluierung der Verordnung (EU) Nr. 461/2010 durch die Kommission und im Anschluss an eine öffentliche Konsultation hat die Kommission Informationen und Daten gesammelt, die mit hinreichender Sicherheit zeigen, dass die Verordnung (EU) Nr. 461/2010 Unternehmen bei der Selbstprüfung ihrer vertikalen Vereinbarungen im Kraftfahrzeugsektor wirksam unterstützt. Sie ist auch effizient, da ohne sie höhere Kosten für die Prüfung der Vereinbarkeit vertikaler Vereinbarungen im Kraftfahrzeugsektor mit Artikel 101 AEUV angefallen wären. Zudem hat sie einen Mehrwert, da sie es den nationalen Wettbewerbsbehörden und den nationalen Gerichten erleichtert, die Vorschriften einheitlich anzuwenden.
- (3) Die Voraussetzungen, auf deren Grundlage Anwendungsbereich und Inhalt der Verordnung (EU) Nr. 461/2010 festgelegt wurden, sind hinreichend ähnlich geblieben, sodass die Verordnung verlängert werden kann.
- (4) Damit die Kommission möglichen Veränderungen der Marktbedingungen Rechnung tragen kann, sollte die Geltungsdauer der Verordnung (EU) Nr. 461/2010 um fünf Jahre verlängert werden.
- (5) Die Verordnung (EU) Nr. 461/2010 sollte daher entsprechend geändert werden —

¹ ABl. 36 vom 6.3.1965, S. 533.

² Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 52).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission erhält folgende Fassung:

„*Artikel 7*

Die Kommission wird die Anwendung dieser Verordnung überwachen und die Verordnung, bevor diese am 31. Mai 2028 ausläuft, evaluieren.“

Artikel 2

Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission erhält folgende Fassung:

„Ihre Geltungsdauer endet am 31. Mai 2028.“

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den

*Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula von der Leyen*